

II-8171 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 41721J

1989-07-12

ANFRAGE

der Abgeordneten Wabl, Smolle und Freunde
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Einhaltung der Datenschutzbestimmungen im Rahmen der
Digitalisierung des Telefonnetzes

Die Post- und Telegraphenverwaltung hat durch die Digitalisierung
des Telefonnetzes, sowie durch andere computerunterstützte
Dienstleistungen (Telefax, Teletext etc.) ihr
Dienstleistungsangebot für den österreichischen Kunden erweitert.

Unter der österreichischen Bevölkerung werden jedoch Vermutungen
laut, wonach diese Dienstleistungen bestehende
Datenschutzbestimmungen untergraben könnten.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den
Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
nachstehende

ANFRAGE

1.) Welche Daten können im Rahmen der Digitalisierung des
Telefonnetzes, sowie anderer computerunterstützter
Dienstleistungen bei der Post- und Telegraphenverwaltung
aufbewahrt und gespeichert werden?

- 2.) Wie lange werden solche Daten bei der Post- und Telegraphenverwaltung gespeichert?
- 3.) In welcher Form werden gespeicherte Daten ausgewertet?
- 4.) Wer hat Zugang zu Daten, die bei der Post- und Telegraphenverwaltung gespeichert werden?
- 5.) Wurden im Rahmen der Digitalisierung des Telefonnetzes und der Einführung von computerunterstützten Dienstleistungen neue Datenschutzvorkehrungen getroffen?
- 6.) Können auch öffentliche Stellen, z.B. die Polizei von Seiten der Post- und Telegraphenverwaltung Informationen über gespeicherte Daten erhalten?
- 7.) Können Betriebsinhaber Informationen über Angestellte erhalten, da diese betriebseigene Posteinrichtungen benützt haben?